
Antrag

der AfD-Fraktion

Rückkehr zur Vernunft – Abschaffung der sogenannten „gendergerechten Sprache“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in eigenen Entwürfen für Gesetze und Verordnungen, sonstigen vom Senat verfassten Publikationen und Handreichungen, in der Verwaltung, in Schulen und Hochschulen, sowie in sämtlichen der Aufsicht des Landes Berlin unterstehenden Behörden, im Schriftverkehr mit dem Bürger, in allen sozialen Medien und in der internen Kommunikation, auf die sogenannte „gendergerechte Sprache“ zu verzichten und über die Umsetzung bis zum 31. Mai 2019 zu berichten.

Das bedeutet eine Rückkehr zur Verwendung des generischen Maskulinums und den Verzicht auf „gendergerechte“ und in der deutschen Sprache nicht vorgesehenen Konstrukte wie das „Binnen-I“ (wie in LehrerInnen), das „Gendergap“ (wie in Schüler_innen), den „Gender-Stern“ (wie in Bürger*innen) oder gar das „Gender-x“ (wie in Lehrx).

Begründung:

Die feministische Linguistik wollte seit den 1970er-Jahren Frauen in der Sprache sichtbar machen und damit einen Beitrag für die Gleichberechtigung von Frauen leisten. Historisch betrachtet war dieser Ansatz sicher nicht falsch, flankierte er doch gleichzeitig andere Gleichstellungsforderungen im gesellschaftlichen Kampf für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

Seit 1949 steht im Artikel 3 unseres Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Im Jahr 1994 wurde dieser Satz hinzugefügt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Heute leben wir in einer deutschen Demokratie, die in weiten Teilen der Gesellschaft den Gedanken der Gleichberechtigung angenommen hat. Im kürzlich veröffentlichten „Global Gender Gap Report 2018“ des Weltwirtschaftsforums wird Deutschland auf Platz 14 von 149 Staaten geführt. Auf den hinteren Plätzen finden sich fast ausschließlich Staaten, in denen der Islam Staatsreligion ist. Länder wie Nicaragua und Ruanda werden in diesem Index besser als Deutschland bewertet. Die Gefährdung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen geht also nicht aus der Sprache hervor, sondern scheint andere Ursachen zu haben.

Eine der größten derzeitigen Herausforderungen für Frauen in Deutschland ist nicht fehlende sprachliche Sichtbarkeit, sondern die Ausbreitung radikal-patriarchalischer Ansichten von nach Deutschland jüngst eingewanderten und auch schon länger hier lebenden Muslimen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen wird um Jahrzehnte zurückgeworfen, wenn Frauen ohne Erlaubnis ihres Mannes oder männlicher Verwandter das Haus nicht verlassen dürfen, sie nicht frei entscheiden dürfen, wen sie lieben und heiraten dürfen, ihre körperliche Unversehrtheit durch Misshandlungen oder gar Ehrenmorde bedroht ist, ihre Genitalien verstümmelt werden. Frauen in diesem Umfeld wird die tatsächliche Sichtbarkeit durch religiös geprägte Verhüllung genommen, nicht durch das generische Maskulinum. Die sonst nicht leisen feministischen Kämpferinnen für „Gendergerechtigkeit“ schweigen jedoch bei diesem Thema auffallend laut.

Besonders beunruhigt in Berlin in diesem Zusammenhang die Zunahme salafistischer Einflüsse, wie sie über die Neuköllner Moscheen Al-Nur und Dar-As-Salam bereits in die Köpfe von Kindern eingepflanzt werden und nichts Gutes für kommende Generationen erahnen lassen. Der Salafismus steht für einen fundamentalistischen Islam, für Frauenfeindlichkeit und Homophobie und damit konträr zum Artikel 3 unseres Grundgesetzes.

Als historischer Impulsgeber für einen gesellschaftlichen Wandel hat die „gendergerechte Sprache“ in der deutschen Mehrheitsgesellschaft ihr Ziel erreicht. In den Teilen der Gesellschaft, in denen die Gleichberechtigung der Frauen am wenigsten gelebt wird, entfaltet die sogenannte „gendergerechte Sprache“ keine Wirkung.

Was bleibt, ist die Verballhornung unserer Sprache. Kulturhistorisch entwickeln und verändern sich Sprachen, wenn die Mehrheit der Nutzer einen Sinn in der Anwendung neuer Sprachschöpfungen sieht und aus Gründen der Sprachökonomie oder einer besseren Rezeption diese dauerhaft in den Sprachgebrauch übernimmt. Genau das Gegenteil ist bei der „gendergerechten Sprache“ der Fall, wie eine Umfrage von YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur im September 2017 zeigte. Nur fünf Prozent der Befragten gaben an, im Schriftverkehr immer „geschlechtsneutrale Sprache“ zu nutzen.

Von oben verordneter Orwellscher Neusprech erinnert eher an das Gebaren von Diktaturen und nicht an die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Freiheit des Denkens wird eingeschränkt, die Schönheit und Vielfalt unserer deutschen Sprache zerstört. Ulrich Greiner schrieb in der Ausgabe 23/2018 der Zeitschrift „Die Zeit“: Der Kampf für eine "gendergerechte" Sprache ist ein Kampf gegen die deutsche Sprache. Er ignoriert den Unterschied zwischen dem

grammatischen Geschlecht (dem Genus) und dem biologischen (dem Sexus). Der Sachverhalt liegt so klar auf der Hand, und er ist schon derart oft unwiderleglich beschrieben worden, dass alle, die ihn nicht wahrhaben wollen, offenbar in ideologischer Absicht handeln und durch Argumente nicht erreichbar sind.“

Verfechter einer vorgeblichen politischen Korrektheit richten unsere Muttersprache zugrunde und zerstören die Schönheit und Vielfalt unserer Sprache. Unter dem Deckmantel, die vorgebliche Diskriminierung von Frauen in der Sprache verhindern zu wollen, sollen durch „gender-gerechte Sprache“ politische Ziele sprachlich zementiert werden. Die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ist jedoch ein höheres Gut, als eine aufgezwungene Frauenquote in der Rechtschreibung.

Auf der Strecke bleibt nicht nur die Eleganz unserer Sprache. Die „gendergerechte Sprache“ verschlechtert die Produktions- und Rezeptionsökonomie, sorgt mit ihren Regelwerken widersprechenden Konstrukten für einen erhöhten Aufwand beim Schreiben, Sprechen und Lesen. Besonders nachteilig wirkt sich das auf den Teil unserer Bevölkerung aus, der laut Bundevertband Alphabetisierung zu den Millionen Deutschen gehört, die funktionale Analphabeten sind. Diese Menschen, aber auch Ausländer, die mit unserer schönen und präzisen, aber auch schwierig zu erlernenden Sprache erstmalig konfrontiert werden, sind von einer „gendergerechten Sprache“ ganz besonders betroffen, da sie von Sonderzeichen oder Binnenversalien stark irritiert werden und nicht wissen, wie diese auszusprechen sind.

Berlin, 12. Februar 2019

Pazderski Hansel Auricht
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion